



Baden-Württemberg

JUSTIZMINISTERIUM

PRESSESTELLE

Pressespiegel

15.07.2015

Dieser Pressespiegel ist nur für den internen Gebrauch bestimmt.

Seine Weiterleitung beziehungsweise Verbreitung in elektronischer oder gedruckter Form ist nicht zulässig.

Sofern nicht unbedingt erforderlich, sollte dieser Pressespiegel nicht komplett ausgedruckt werden.

Eine Beschränkung auf den Ausdruck einzelner, benötigter Seiten wird empfohlen.

Dieser Pressespiegel ist spätestens nach vier Wochen endgültig zu löschen.

Autor: SWP
Seite: 9

Ressort: Aus Stadt und Kreis

Stickelberger sucht Kooperation mit Institutionen

Haftentlassene sollen künftig bei der Arbeitssuche gezielt betreut werden. Diese Forderung der Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg wurde bei einer Tagung in Bad Boll mit dem Themenschwerpunkt Arbeitsvermittlung nach der Haft auf die politische Agenda

gehoben. Diese Fachtagung fand in der Evangelischen Akademie Bad Boll statt. Der baden-württembergische Landesjustizminister Rainer Stickelberger sicherte dafür seine Unterstützung zu und strebt eine Vereinbarung nach hessischem Vorbild an. Der Grund: Büro-

kratische Hindernisse müssten abgebaut werden, die beteiligten Institutionen müssten Hand in Hand arbeiten. Bei der Tagung in Bad Boll gab es nicht einmal Zahlen zur Arbeitsvermittlung.

© PMG Presse-Monitor GmbH

Südwest Presse vom 15.07.2015



Autor: JÜRGEN SCHÄFER
Seite: 5

Ressort: Südwestumschau

Vom Knast in den Job

Resozialisierung von Ex-Strafgefangenen oft schwierig - Minister verspricht Hilfsprogramm

Für Haftentlassene soll es künftig gezielte Betreuung bei der Arbeitssuche geben. Das forderte die Straffälligenhilfe bei einer Tagung in Bad Boll. Justizminister Rainer Stickelberger will sich darum kümmern.

"Geregelte Arbeit ist das A und O für eine gelingende Resozialisierung." Das ist für Generalstaatsanwalt Achim Brauneisen eine Binsenweisheit. Aber: In welchem Umfang das gelingt, weiß man nicht. Brauneisen, auch Vorsitzender des Verbandes Bewährungs- und Straffälligenhilfe, kennt dazu keine Zahlen. Auch Astrid Mast von der Agentur für Arbeit, bei der Haftentlassene als Arbeitssuchende landen, kann keine nennen. Für Brauneisen zeigt das: "Die Arbeitsvermittlung von Haftentlassenen ist bisher nicht im Blickfeld", ein nahtloser Übergang von der Haft in Arbeit oder mindestens in tagesstrukturierende Maßnahmen gelinge nur in Ausnahmefällen, klagt das Netzwerk Straffälligenhilfe. Obwohl der Arbeitsmarkt brummt. Warum klappt es nicht?, fragt Tagungsleiter Wolfgang Mayer-Ernst in der Evangelischen Akademie Bad Boll. Fehle es an der Zusammenarbeit der

Akteure? Für Brauneisen ist das keine Frage. Bis zu sieben Stellen mit ihren Bürokratien seien im Spiel, wenn ein Häftling den Schritt in die Freiheit macht. Von der Bewährungs- und Straffälligenhilfe bis zum Land- oder Stadtkreis als Sozialleistungsträger. Aber jeder arbeite seinen Part ab, eine Vernetzung gebe es nicht. Nur lokal, in einzelnen Räumen, gibt es "bedeutsame Projekte", sagt Justizminister Rainer Stickelberger, wo beispielsweise die Resozialisierungsbeauftragten der Agentur für Arbeit eingebunden sind. Eines davon ist INSA, gefördert vom Europäischen Sozialfonds. Wie sieht es in der Fläche aus? Er kenne diese Resozialisierungsbeauftragten gar nicht, die da in die Gefängnisse gehen, um Häftlinge auf ihre Arbeitsperspektiven vorzubereiten, erklärt ein Sprecher der Bewährungshilfe. Man solle sie "aus ihren Verstecken rausholen und zum Leben

erwecken". Brauneisen resümiert: "Es gibt ganz viele Nahtstellen, an denen etwas schiefgehen kann." Wichtig sei, dass sich die Zuständigen kennen. Man brauche ferner klare Standards und Vorgaben zur Zusammenarbeit. Dazu soll nun das Beispiel aus Hessen aufgegriffen werden: eine Arbeits-Integrationsvereinbarung "auf allerhöchster Ebene", so Brauneisen, die bürokratische Hemmnisse abbaue. Stickelberger sichert zu, sich dafür einzusetzen und die Federführung bei den Verhandlungen zu übernehmen. Von den Fraktionen im Landtag erwarte er dazu ein gutes Signal. "Ich glaube, wir kämen dabei auf einen guten Weg." Eine Studie aus Nordrhein-Westfalen, das eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit geschlossen hat, zeigt: Häftlinge waren vorher schon überwiegend arbeitslos. Bei den Erwachsenen waren dies zwei Drittel,

davon 40 Prozent langzeitarbeitslos. Das hat Gründe. 35 Prozent hatten keinen Schulabschluss, 57 Prozent keinen Berufsabschluss. Aber: In der Haft können sie Abschlüsse nachholen, schulische wie berufliche.

Das wird auch genutzt, wie Mast sagt. Von 5300 Häftlingen im Land, die überwiegend weniger als zwei Jahre absit-

zen (60 Prozent), gingen 284 in den Hauptschulunterricht, 45 in die Realschule. Gut 200 erwarben den Abschluss, acht machten sogar das Abitur. Fast 500 weitere holten eine Berufsausbildung nach, davon waren 208 erfolgreiche Abgänger. Weitere 1000 Gefangene absolvierten eine berufliche Weiterbildung, vom Schweißer-

lehrgang bis zum EDV-Kurs (448). Und was das "Sitzen" betrifft: In baden-württembergischen Gefängnissen gelte Arbeitspflicht, betont Stichelberger. Viele Häftlinge müssen erst an ihrem Deutsch arbeiten. 787 besuchten einen Sprachkurs, 74 lernten Lesen und Schreiben.

Abbildung:

Blick aus dem Fenster in der Justizvollzugsanstalt Freiburg: Nach der Haft ist die Integration in den Arbeitsmarkt oft schwierig. Foto: dpa